

Sowjetmacht bei der Leitung und Planung der Volkswirtschaft.

Der Befehl Nr. 183 der SMAD hob als Kriterien für die Arbeit der DWK hervor: „Die demokratische Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands macht es erforderlich, daß die Verbindungen der deutschen Zonenverwaltungsorgane mit der Bevölkerung verbessert werden. Dies soll dazu beitragen, daß sich die Arbeit der Verwaltungsorgane verbessert und daß sich die Aktivität der Bevölkerung zum Zweck der Verwirklichung der Wirtschaftspläne für die Sowjetische Besatzungszone und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter verstärkt.“⁴⁰

Die ökonomischen Notwendigkeiten und das politische Erfordernis, die antifaschistisch-demokratischen Aufgaben konsequent zu lösen, das Erreichte zu sichern und die Gesellschaft auf den Übergang zum Sozialismus vorzubereiten, geboten es, den staatlichen Apparat schrittweise zu einem festgefügtten Machtinstrument der Arbeiterklasse auszubauen. Es entsprach der Logik dieses Prozesses, die auf der örtlichen Ebene begonnene Schaffung der neuen Staatsorgane mit der Bildung zentraler Organe abzuschließen, um auf diese Weise das einheitliche Klasseninteresse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durchzusetzen und den Erfordernissen der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft Rechnung zu tragen. Die Bildung von Organen mit Leitungskompetenz im Maßstab der gesamten sowjetischen Besatzungszone war deshalb unerlässlich und stand in völligem Einklang mit dem Potsdamer Abkommen.

2.3.4.

Volkskongressbewegung und Konstituierung der DDR

Dem im Ergebnis des zweiten Weltkrieges eingetretenen neuen internationalen Kräfteverhältnis versuchten die USA mit einer globalen und hegemonistischen Politik entgegenzuwirken. In der imperialistischen „Roll back“-Konzeption und der Politik des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten wurde dem westlichen Besatzungsgebiet Deutschlands eine gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtete Funktion zugeordnet. Damit ging die Abkehr von den verpflichtenden Verein-

barungen von Jalta und Potsdam einher. Die zunächst in allen vier Besatzungszonen vorgesehenen Veränderungen riefen den erbitterten Widerstand der deutschen und der ausländischen imperialistischen Reaktion hervor. Diese reaktionären Kräfte konnten in den Westzonen bestimmenden Einfluß erlangen, nicht zuletzt auch weil durch rechtssozialdemokratische Führer die Einheit der Arbeiterklasse verhindert und damit eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung vereitelt wurde.

Den restaurativen Kräften gelang es, den Imperialismus in Westdeutschland wieder zu errichten und ihm eine staatliche Form zu geben. Der auf das Gebiet der drei Westzonen begrenzte Staat sollte sowohl als Damm gegen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Bereich der sowjetischen Besatzungszone als auch zur Basis einer antisozialistischen Offensivstrategie dienen. Nachdem unter Bruch des Potsdamer Abkommens im September 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden war,⁴¹ erhoben ihre Repräsentanten, ermutigt und unterstützt von den imperialistischen Westmächten, die anmaßende Forderung zur Staatsdoktrin, für alle Deutschen zu sprechen und sie zu vertreten. Damit verbanden sie einen gegen die DDR und deren Gesellschaftsordnung gerichteten interventionistischen Wiedervereinigungs- und Befreiungsanspruch. Bereits im Gründungsdokument der BRD, im Bonner Grundgesetz, fand der Alleinvertretungsanspruch Ausdruck. In der Präambel des Grundgesetzes wird behauptet, mit der separaten Staatsbildung sei „auch für jene Deutschen gehandelt worden, denen mitzuwirken versagt war“.

Es kennzeichnet den politischen Standort und die Funktion der herrschenden Staatsrechtslehre in der BRD, daß sie — unbeschadet vielfältiger Nuancierungen — um juristische Argumente für diese von Anfang an rechtswidrige und anachronistische Position bemüht war und ist.

Die bereits Ende 1947 offensichtliche Politik imperialistischer Restauration und

40 a. a. O., S. 712

41 Vgl. zur Entstehung der BRD: Staatsrecht bürgerlicher Staaten. Lehrbuch, Berlin 1980, S. 257 ff.